

### **Antrag A21 (neu)**

**Antragssteller\*innen:** Franziska Brychcy (MdA, Steglitz-Zehlendorf), Hendrikje Klein (MdA, Lichtenberg), Tobias Schulze (MdA, Mitte& Treptow-Köpenick), Katina Schubert (MdA, Reinickendorf), Manuela Schmidt (MdA, Marzahn-Hellersdorf), Katrin Seidel (MdA, Pankow), Kristian Ronneburg (MdA, Marzahn-Hellersdorf), Juliane Witt (BzStR, Marzahn-Hellersdorf), Christoph Keller (BzStR, Mitte), Regine Sommer-Wetter (BzStR, Friedrichshain-Kreuzberg), LAG Bildung

Der Landesparteitag möge beschließen:

## **1 Keine Kürzung von sozialen Leistungen! – Die soziale Stadt 2 verteidigen!**

3 Wir als Linke stellen uns der massiven Kürzungs- und Verunsicherungspolitik auf allen  
4 Ebenen entschieden entgegen.

5 Sie bedeutet den Abbau sozialer Angebote, den Wegfall kultureller Einrichtungen, die  
6 Einschränkung demokratischer Teilhabe und die weitere Unterfinanzierung von Bildung,  
7 Gesundheit und öffentlicher Infrastruktur – kurz: die Fortsetzung des neoliberalen Angriffs  
8 auf die öffentliche Daseinsvorsorge. Wir lehnen es ab, die verschiedenen Bereiche  
9 gegeneinander auszuspielen.

10 Wir setzen uns für die Rücknahme der Kürzungen und stattdessen für massive Investitionen  
11 in Bildung, ÖPNV, Gesundheit, Schulen und Soziales ein – finanziert durch die Umverteilung  
12 des gesellschaftlichen Reichtums. Das heißt bundesweit: Besteuerung großer Vermögen  
13 und Konzerngewinne, Abschaffung der Schuldenbremse und Stopp der Aufrüstung.

14 Und auf Landes- und Bezirksebene: Ablehnung der Kürzungspolitik und Sicherung der  
15 Daseinsvorsorge. Statt Prestigeprojekten des schwarz-roten Senats wie Olympia,  
16 Magnetschwebbahn oder Görlizaun und dem ideologischen Kahlschlag, etwa bei der  
17 politischen, queeren, kulturellen Bildung oder Angeboten für Geflüchtete kämpfen wir als  
18 Linke um den Erhalt der sozialen Stadt.

19 Die Linke Berlin setzt sich dafür ein, dass trotz angespannter Haushaltslage soziale  
20 Leistungen wie die Hilfen zur Erziehung, die Hilfen zur Pflege, die Eingliederungshilfe oder  
21 das Kita- und Hort- (eFöB) Angebot weiterhin in hoher Qualität und bedarfsgerecht gewährt  
22 werden.

23 Präventive Leistungen, etwa im ambulanten Bereich, machen oftmals deutlich teurere Hilfen,  
24 z. B. im stationären Bereich, entbehrlich. Der schwarz-rote Senat setzt genau das Gegenteil  
25 um: Er kürzt niedrigschwellige Beratungsangebote, so dass dann deutlich maßnahmen- und  
26 kostenintensivere Hilfen nötig werden.

27 Wir unterstützen Maßnahmen des Bürokratieabbaus und der Digitalisierung, sofern keine  
28 Leistungseinschränkungen damit verbunden sind, für die es entsprechende Bedarfe gibt.

29 So lehnen wir die Wiedereinführung der Bedarfsprüfung für den Früh- und Spät-eFöB ab.

- 30 Dies führt zu mehr Bürokratie, anstatt dass die Hilfen dort ankommen, wo sie gebraucht  
31 werden.
- 32 Die Bezirke dürfen mit steigenden Kosten, etwa bei den Hilfen zur Erziehung, nicht allein  
33 gelassen werden! Der schwarz-rote Senat steht in der Verantwortung, einen größeren Anteil  
34 der Hilfen zur Erziehung zu basiskorrigieren als bisher.
- 35 Die Abgeordnetenhausfraktion wird gebeten, sich dafür stark zu machen, dass eine faire  
36 Lösung für die Finanzierung der Hilfen zur Erziehung zwischen Senat und Bezirken  
37 gefunden wird. Die Bezirke dürfen nicht weiter kaputt gespart werden!
- 38 Wir begreifen die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege als Partnerin, um  
39 die Passgenauigkeit von sozialen Leistungen zu verbessern und unnötige Bürokratie  
40 abzubauen, damit mehr Leistungen direkt bei den Menschen in der Stadt ankommen. Die  
41 fachliche Expertise aus der täglichen Praxis ist für uns unverzichtbar. Es kann nur  
42 gemeinsam gelingen, die soziale Infrastruktur in unserer Stadt zu sichern.
- 43 Beschäftigte der sozialen Träger müssen tarifgerecht bezahlt werden! Schwarz-Rot muss  
44 hierfür ausreichend Tarifmittel im Doppelhaushalt 2026/ 2027 einstellen! Eine tarifgerechte  
45 Vergütung ist eine Selbstverständlichkeit und zudem eine Frage der Anerkennung und  
46 Wertschätzung der sozialen Arbeit, die die Beschäftigten jeden Tag leisten.
- 47 Gemeinsam mit Gewerkschaften, Initiativen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, dem  
48 #unkürzbar-Bündnis, den freien Trägern und weiteren von den Kürzungen Betroffenen  
49 organisieren wir als Linke Widerstand gegen die Kürzungspolitik der CDU-SPD Koalition –  
50 auf der Straße und im Parlament.
- 51 Wir beteiligen uns aktiv an Demonstrationen, Protestaktionen, Konferenzen,  
52 Kiezversammlungen gegen diesen sozialen Kahlschlag und setzen die enge  
53 Zusammenarbeit und Unterstützung der Betroffenen auf unseren Haushalts-Gipfeln und  
54 Veranstaltungen gegen die Kürzungen engagiert fort.
- 55 Begründung: Der schwarz-rote Senat hat Vorschläge zur "effizienten Ausgabensteuerung"  
56 von sozialen Leistungen erarbeitet, die zuvorderst Kosten einsparen sollen.
- 57 Wir als Linke dagegen wollen die Standards der Hilfen zur Erziehung, Hilfen zur Pflege,  
58 Eingliederungshilfe, von Kita- und eFöB etc. trotz angespannter Haushaltslage erhalten und  
59 bedarfsgerecht absichern.
- 60 Prävention und Beratungsangebote machen oftmals maßnahmen- und kostenintensivere  
61 Hilfen entbehrlich. Der Senat kürzt an der völlig falschen Stelle!
- 62 Die Wiedereinführung der Bedarfsprüfung für Früh- und Spät-eFöB würde nicht weniger,  
63 sondern mehr Bürokratie verursachen und hätte Auswirkungen auf die Bildungsqualität und  
64 die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, was wir ablehnen!
- 65 Der Senat trägt gesamtstädtische Verantwortung und darf die Bezirke mit den steigenden  
66 Kosten für die Hilfen zur Erziehung nicht allein lassen! Statt überflüssige Prestigeprojekte zu

- 67 finanzieren, muss er eine faire Lösung zur gemeinsamen Finanzierung der Hilfen zur  
68 Erziehung erarbeiten, so dass die Bezirke nicht weiter kaputt gespart werden!
- 69 Wir betrachten die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege als Partnerin auf  
70 Augenhöhe, damit soziale Leistungen direkter bei den Menschen ankommen und die soziale  
71 Infrastruktur in unserer Stadt langfristig gesichert wird.
- 72 Die Debatte zum Bürgergeld auf Bundesebene macht deutlich: Bei bedürftigen Menschen zu  
73 kürzen, die ohnehin in Not sind und wenig Einkommen zur Verfügung haben, wird kein  
74 einziges Problem lösen! Verlässliche und funktionierende soziale Leistungen sind ein  
75 Grundrecht und unabdingbar für eine solidarische Stadt und eine demokratische  
76 Gesellschaft.
- 77 Erläuterungen zu den betroffenen Leistungen:
- 78 **Hilfen zur Erziehung:** sozialpädagogische Unterstützung für Familien, die bei  
79 Erziehungsschwierigkeiten, familiären Krisen oder Problemen Hilfe benötigen
- 80 **Hilfen zur Pflege:** Sozialleistung, die ergänzend oder anstelle der Leistungen der  
81 Pflegeversicherung greift, wenn der Bedarf nicht gedeckt ist
- 82 **Eingliederungshilfe:** Sozialleistung für Menschen mit Behinderung oder drohender  
83 Behinderung, die eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen soll
- 84 **Kindertagesförderungsgesetz:** regelt die Kindertagesbetreuung, etwa Ziele der Förderung,  
85 Platzanspruch, Anmeldeverfahren, Ausstattung und Finanzierung der Kindertagesstätten
- 86 **ergänzende Förderung und Betreuung (eFöB):** Ganztagsangebot in der Schule, oftmals  
87 am Nachmittag; wurde früher als Hort bezeichnet